Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt
für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung,
Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen
Petitzeile 1½ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau
1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie
incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwei-
ten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 348. Montag den 16. Dezember 1850.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fond-Course und Produkte.

Hamburg, 14. Dezember, Nachmittag 2 Uhr 30 Minut. Getreide unverändert. Oel p. Dezember 21⅝, pr. Frühjahr 22. Kaffee unverändert, geringer Umsatz. Zink loco 9⅝ zu lassen.

Stettin, 14. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 35 Br., p. Frühjahr 37 Gld. Rüböl 10 5/12, p. Frühjahr 10⅞ bezahlt. Spiritus 22¾, p. Frühjahr 21 bez. und Gld.

Paris, 12. Dezember, Abends 8 Uhr. In der Legislativen findet eine Debatte über das Wuchergesetz statt.

Am Mittwoch wird der Präsident der Kammer dem Präsidenten der Republik ein Fest geben.

Der „Siecle" protestirt gegen den Fiskus wegen verletzten doppelten Stempels.

Paris, 12. Dezember, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 50. 5% 94, 95.

Paris, 13. Dezember, Abends 8 Uhr. In der Legislativen wird der Hauptartikel des Wuchergesetzes verlesen. Die Linke berathschlagt, ob die Demokratie sich den ausgeschriebenen allgemeinen Munizipalitätswahlen betheiligen solle.

Die Angeklagten der Gesellschaft „Nemesis" sind theilweise freigesprochen worden.

Am Sonntage wird der Präsident der Republik auf dem Marsfelde eine Revue abhalten.

Bonne ist nach Madrid abgereist.

Paris, 13. Dezember, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 60. 5% 95, 65.

London, 12. Dezember. Das neue portugiesische Ministerium hat noch keine Fortschritte gemacht. Die Journale verlangen Madeira als Hypothek.

Madrid, 8. Dezember. Die Regelung der Staatsschuld wurde verschoben, bis die Vorlage des definitiven Projekts gemacht ist. Das Budget ist in ein ordentliches und ein außerordentliches eingetheilt.

Calcutta, 7. November. Am 29. Oktober explodirte das Linienschiff Donna Maria, sämmtliche auf dem Schiffe befindlich gewesenen Matrosen sind umgekommen.

Aus China sind widersprechende Gerüchte eingegangen. Nach zuverlässig erscheinenden Berichten v. 28. Oktbr. haben die Regierungstruppen einen Sieg erfochten haben, während nach anderen Berichten das Heer der Aufständischen bis 60 Meilen vor Canton vorgerückt ist.

Preußen.

Berlin, 14. Dezember. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Befehlshaber des französischen Kriegsdampfschiffs „Tonnère", Fregatten-Kapitain de Gasguet, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Schul-Direktor a. D. David Ernst Meyer zu Nordhausen, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Schöffen und Senator der freien Stadt Frankfurt a. M., Freiherrn v. Günderode, den St. Johanniter-Orden; dem Schullehrer und Organisten Jansky zu Wyssoka, Regierungs-Bezirk Oppeln, so wie dem Schullehrer und Küster Weißhuhn zu Roßbach, Regierungs-Bezirk Merseburg, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; dem Landgerichts-Kanzler-Präsidenten Dr. Schramm zu Düsseldorf bei Gelegenheit seiner Pensionirung den Charakter als geheimer Justizrath zu verleihen.

Angekommen: Se. Excellenz der General-Lieutenant Roth v. Schreckenstein. — Abgereist: Se. Excellenz der General-Lieutenant und intermistischer kommandirender General des 1sten Armee-Korps, v. Grabow, nach St. Petersburg. Der Präsident der ersten Kammer, Graf v. Rittberg, nach Glogau.

[Militär-Wochenblatt.] Leo, Major vom großen Generalstabe, unter vorläufiger Belassung in seinem gegenwärtigen Verhältniß beim Stabe. Major v. Bonin, zum Generalstabe des zweiten, Liebert, Major vom großen Generalstabe, zum Generalstabe des ersten, Müller, Hauptm. vom großen Generalstabe, zum Generalstabe des dritten Armee-Corps versetzt. v. Peucker, General-Lieut. von der Funktion als Chef des Stabes des Prinzen von Preußen königl. Hoheit, entbunden. Prinz Julius zu Bentheim, Major a. D., zuletzt Hauptmann aggr. dem Garde-Art.-Regt., als Major (Char.) à la Suite des 33. Inf.-Regts., ohne Gehalt, angestellt. Prinz Woldemar zu Schleswig-Holstein, Major vom Regiment Garde du Corps, zum Kommandanten von Küstrin ernannt, und soll derselbe die Uniform des Regts. Garde du Corps beibehalten, und bei diesem Regt. à la Suite geführt werden. — Bei der Landwehr: Hoffmann, Schumacher, Meyer, v. Elsner, Pr.-Lts. vom 1. Bat. 7. Regts., zu Hauptleuten, v. Perbandt, Sek.-Lieut. von dems. Bat., zum Pr.-Lieut. ernannt. Dr. Brühl, General-Major à la Suite, auf sein Ansuchen, als Gen.-Lieut. mit Pension der Abschied bewilligt. v. Corvin-Wiersbitzki, General-Major und Kommandant von Küstrin, als General-Lieut. mit Pension in den Ruhestand versetzt. Brust, int. Kasernen-Inspektor erster Klasse, zu Liegnitz, in dem Amte bestätigt.

** **Berlin,** 14. Dezember. [Die Einladungsschreiben. — Demobilisirung.] Aus zuverlässiger Quelle können wir mittheilen, daß die Einladungen für Dresden zwar schon vorgestern zur Absendung bereit, bis heute Mittag aber noch nicht ausgetheilt waren. Die Vertreter der kleinen Staaten hatten sie noch nicht erhalten. Die Instruktionen des Grafen Alvensleben sind sehr allgemein gefaßt. — Die Demobilisirung geht in der Art vor, daß die Bataillone der Landwehr des 1sten Aufgebots entlassen werden; durchschnittlich sind nur 4 bis 12 Mann auf ihren Wunsch bei der Fahne geblieben. Die Bataillone des 1sten Aufgebots werden um 150 bis 200 Mann verringert. Von der Landwehrkavalerie werden so viel Mann entlassen, als Pferde fehlen. Die Ersatzbataillone sind noch beisammander.

△ **Berlin,** 14. Dezbr. [Die bisherigen Bundesgenossen sagen sich von Preußen los. — Die Folgen hiervon.] Im Falle eines Krieges hätten die kleinen nord- und mitteldeutschen Staaten ohne Zweifel zu Preußen gestanden, selbst Hannover hätte die bequeme Neutralität nicht lange behaupten können. Ganz anders stellt sich aber das Verhältniß jetzt heraus, nachdem der Friede gesichert ist. Bekanntlich hat Preußen bei seinen Verbündeten die Aufhebung der Unionsverfassung beantragt und die Fortdauer des Schutz- und Trutzbündnisses vorgeschlagen, so wie ein gemeinsames Handeln in deutschen Sachen des weiteren Bundes vorgeschlagen. Die Regierungen haben sich eben nicht beeilt, auf diese Vorschläge zu anworten, so lange die Gefahr eines Krieges drohte. Jetzt ist sie vorüber und die wahre Stimmung der Verbündeten, die seit anderthalb Jahren alles über sich ergehen lassen mußten, tritt unverschleiert hervor. Badens Abfall war nach der letzten Wendung unvermeidlich; auffälliger war schon der Rücktritt Mecklenburgs, das in mannigfachen dynastischen und politischen Beziehungen zu Preußen steht, aber diese Rücksichten keck ignorirte und seinem Schutzpatron die Befreiung von der beschworenen konstitutionellen Verfassung mit dem Aufgeben jeder Art von Allianz vergalt; wobei nur zu bewundern ist, daß ein Preuße, Herr v. Bülow, fortfährt, die Geschäfte des Ländchens zu leiten. Aber der Ueberdruß enttäuschter Hoffnungen löst auch die Mehrzahl der übriggebliebenen Getreuen von dem Schutz- und Trutzbündniß ab; die Antworten auf den obenerwähnten Antrag sind jetzt eingegangen und auch Nassau, Oldenburg und die Hansestädte haben sich von Preußen losgesagt. Sie haben am Bündnisse um der Unionsverfassung, um des Parlaments willen, an dem sie einen Schutz fanden, festgehalten und nach dem Falle der Institutionen, um die es sich in vorderster Reihe handelte, fehlt ihnen die Veranlassung zu einem engeren Anschlusse, der für sie nur den Vortheil hatte, daß sie bei etwaigen Punktationen als Preußens „Verbündete" figurirten oder die Ordre zur Mobilmachung aus Gründen erhielten, welche die resp. Regierungen in den Zeitungen nachlesen konnten. Das preußische Bündniß ist jetzt so gut wie gesprengt; das Fürstenkollegium hält noch Sitzungen, ist aber auf dem Punkt der Selbstauflösung angelangt. Bei den Einen ist es eine sehr verzeihliche Müdigkeit, sich von der preußischen Politik noch länger schleppen zu lassen, wenn man anders dies Agens Politik nennen kann, das seit dem Mai 1849 Unionsverfassung, Additionalakte, Bundesstaat, Parlament, Provisorium, Mobilmachung und Demobilisirung lustig durcheinander gewürfelt hat; bei Anderen, namentlich den Herren von der alten Schule, hat sich nach den vergeblichen Kreuz- und Querzügen eine stille Sehnsucht nach dem Frieden des alten Bundestages, den hübschen Promenaden und Fleischtöpfen Frankfurts und den Diners bei Bethmann und Rothschild eingestellt. Der Feuerlärm des Jahres 1848 wäre doch im Grunde ein blinder gewesen, die letzten Spritzen führen schon nach Hause; wo irgend noch ein feuergefährlicher konstitutioneller Bau steht, da könne man ihn am hellen Tage mit Bequemlichkeit von den Pionnieren der Civilisation im Namen der allgemeinen Wohlfahrt, deren Ausschuß in der Eschenheimer Gasse sitzt, abtragen lassen. Hoffentlich würde „die Bude" 10—15 Jahre halten; dann mögen Andere kommen und sie von Neuem stützen. Das sind die Wünsche und Rechnungen Vieler, die vielleicht nicht die schlechtesten Rechner sind; nur daß sie nicht daran denken, daß ihre kleinen Staaten die sicherste Neunerprobe ihres Calcüls abzulegen haben. Daher auch im Grunde der Abfall nicht so viel zu bedeuten hat, wenn nur Preußen seine natürliche Schwerkraft, die es unabhängig von aller Politik ausübt, zu bewahren vermag. Geschieht dies, wie doch wenigstens möglich — was bedeutet dann Nassau's oder Oldenburg's Abfall? Wie weit können sie denn überhaupt fallen? Ein Stein, von der stärksten Hand geworfen, muß doch zur Erde zurück; das will sagen: wenn Oesterreich und Preußen den Dualismus ernstlich wollen, dann haben die Trabanten keine Wahl und vor der Anziehung des Stärkeren vergeht ihnen der ketzerische Gedanke, auf eigenen Füßen stehen zu wollen. Das Schicksal der kleinen Staaten ist spruchreif, nur daß die größeren von ihnen schwerere Brocken und mit einiger Anstrengung zu absorbiren haben. Es wäre ein eingebildetes, kein wirkliches politisches Dasein, wenn man in Dresden beschlösse, es noch ein Decennium zu fristen; auf der Waage der europäischen Geschicke erzeugt selbst Baiern keine Bewegung, es müßte sie denn künstlich stören. Und mit welcher Sicherheit dürfen die Kleinen in die Zukunft blicken, wenn der alte Bundestag die Frucht der Dresdner Konferenzen ist und die 36 Miniatur-Verfassungen ihr Spiel beginnen? Die letzten 2 Jahre haben den Blick des Volkes wunderbar erweitert und kein ernster Mann wird ohne Lächeln an dem Regiment der Kleinstaaterei vorübergehen können, das sich zu einer Regierung verhält, wie das Modell einer Maschine zu einer Maschine. Modelle sind lehrreich: namentlich haben sie das gelehrt, daß ein Paar handfeste Leute mit ihnen auf- und davon gehen können.

≏ **Berlin,** 14. Dezbr. [Die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten. — Die Dresdener Konferenzen. — Die kurhessischen Angelegenheiten.] In Folge der allgemein verbreiteten Ansicht, daß baldige kriegerische Ereignisse der Ernennung des Generals v. d. Horst zum Oberkommandanten der schleswig-holsteinischen Armee nachfolgen werden, ist die Ernennung der für die Pazifikation abzusendenden Kommissarien beeilt worden. General v. Lindheim hat preußischer Seits definitiv diesen Auftrag übernommen. Es soll aber von hier aus noch der Absendung dieser Kommissarien eine Warnung an die Statthalterschaft vorausgeschickt worden sein, in der dringend davon abgerathen wird, noch einmal das Schicksal der Herzogthümer von dem Ausfalle einer Schlacht abhängig zu machen, da man in diesem Falle keinerlei Garantien für die Wahrnehmung der Rechte derselben übernehme und schwerlich selbst die Besetzung von Holstein durch die Dänen würde verhindern können. Eine abermalige Niederlage würde die Herzogthümer vielmehr lediglich in die Lage von Besiegten gegenüber dem Sieger bringen. — Man versichert, daß die Verhandlungen zwischen dem hiesigen und dem Wiener Kabinet bereits gegenwärtig so weit gediehen seien, daß die Arbeiten auf der Dresdener Konferenz selbst in der schnellsten Weise würden gefördert werden können, die beiden Kabinette seien über die Hauptprinzipien für die künftige Gestaltung der deutschen Verfassungsverhältnisse so vollständig einig, daß der etwaige Widerspruch der kleineren Staaten schwerlich mehr eine Aenderung hervorbringen würde. Im Gegensatz zu dieser Nachricht wird aber gleichzeitig heute erzählt, daß Würtemberg und Baiern in einer gemeinsamen nach Wien wie hierher übermachten Depesche angezeigt hätten, sie würden sich jeder Theilnahme an den Dresdener Konferenzen überhaupt enthalten, wenn ihnen nicht zuvor eine Garantie für die völlige Gleichberechtigung aller Theilnehmer gegeben werde. — Der frühere kurhessische Gesandte am hiesigen Hofe, Herr v. Dörnberg, kehrt bereits in diesen Tagen hierher zurück, zunächst freilich ohne offiziellen Charakter, man glaubt aber, daß er binnen Kurzem wieder formell werde akkreditirt werden. — Ein Gerücht, dessen Verbürgung ich bis diesen Augenblick jedoch noch nicht übernehmen kann, besagt, daß der Kurfürst von Hessen als Bedingung für seine Rückkehr nach Kassel die völlige Zurückziehung der preußischen Truppen von dort verlangt habe, was den Olmützer Stipulationen zufolge sehr wohl geschehen kann, da in denselben das Verbleiben eines Bataillons Preußen und eines Bataillons Oesterreicher in Kassel nur für den Fall festgestellt ist, daß der Kurfürst selber dies wünschen sollte. Es wird hinzugefügt, daß man hier gewillt sei, diesem Verlangen zu willfahren. — Am nächsten Mittwoch verlegt der König nunmehr seine dauernde Winterresidenz nebst dem Hofstaate von Potsdam nach Charlottenburg.

§§ **Berlin,** 14. Dezbr. [Was werden die Kammern thun? — Der Gesetz-Entwurf in Betreff der Verantwortlichkeit der Minister.] Die Dresdener Konferenzen, selbst wenn sie, wie es heißt, am 23sten eröffnet werden sollten, werden sofort durch die Feiertage unterbrochen werden und voraussichtlich also bis zu dem Wiederzusammentritt unserer Kammern ein Resultat nicht liefern können. Je mehr der Termin naht, wo die preußische Tribüne wieder geöffnet sein wird, desto näher rückt die Frage, was die Kammern thun werden? Von vielen Seiten her ist die Ansicht ausgesprochen worden, die Kammern würden am 3. Januar da wieder anfangen, wo sie am 3. Dezember aufgehört haben. Wir sind nicht dieser Ansicht. Die Lage der Dinge ist eine durchaus veränderte seitdem geworden. Die nächste thatsächliche Folge der Olmützer Konvention, nämlich die Dresdener Konferenz, ist nicht mehr rückgängig zu machen, und wenn die Opposition mit dem durch Vincke eingebrachten Mißtrauensvotum, Ministerium und Konvention zu beseitigen wünschte, so ist letzteres eben jetzt nicht mehr möglich, das Mißtrauensvotum am 3. Januar würde entweder verspätet oder verfrüht kommen. Die Vertagung zwingt die Opposition gewissermaßen, dem Ministerium noch um eine Position weiter zu folgen, d. h. abzuwarten, was aus den Dresdener Konferenzen hervorgehen werde. Durch die Vertagung ist die Antwort-Adresse auf die Thronrede überflüssig geworden; eine neue Adresse wird um so weniger nöthig werden, als das Ministerium sich vermuthlich begnügen wird, ohne Eröffnungsrede die Sitzungen wieder aufnehmen zu lassen. Die Kammern werden somit zunächst an die anderen Fragen gehen können, deren sich sehr wichtige vorfinden. Unter letztern befindet sich in erster Reihe das Preßgesetz und das Gesetz über ministerielle Verantwortlichkeit. Ersteres ist leider den Kammern noch nicht vorgelegt. — Ein anderes Gesetz, das in der heutigen Zeit seine besondere Wichtigkeit hat, ist das über die Verantwortlichkeit der Minister. Der Gesetzentwurf ist bereits vom Ministerium eingebracht und wird deshalb gleich nach dem Wiederzusammentritt einer der ersten sein, welcher zur Verhandlung kommen wird. Der ministerielle Entwurf zeichnet sich übrigens nichts weniger als durch gerechtes Abwägen des verfassungsmäßigen Rechtes der Kammern aus; überall wird man gewahr, daß man das Recht der Ministeranklage in der Ausübung möglichst zu hemmen wünscht. Wir wollen nur folgende Mängel hervorheben, die sich beim ersten Blick auch dem Nicht-Juristen bemerklich machen. Der § 6 z. B. entzieht die nicht mehr im Amte befindlichen Minister der Anklage, wenn die Verfolgung nicht vor dem Schlusse der ersten auf ihr Ausscheiden aus dem Amte folgenden Kammer-Sitzung eingeleitet wird. Wie nun aber, wenn der Gegenstand der Verfolgung erst später bekannt oder offenbar wird? In diesem Falle soll der Schuldige straflos ausgehen? Ferner bestimmt § 7, daß der Antrag auf Verfolgung in der ersten Kammer wenigstens von 25, in der zweiten Kammer wenigstens von 50 Mitgliedern unterschrieben sein muß. Weiter bestimmt § 19, daß der Antrag auf Zurücknahme der Anklage nur von 10 Mitgliedern unterschrieben zu sein braucht. § 9 bestimmt, wenn der Antrag auf Anklage an einen Ausschuß verwiesen wird, daß die Unterzeichner des Antrages nicht Mitglieder des Ausschusses sein dürfen. Denkt man sich nun den Fall, daß ein solcher Antrag von der Majorität der Kammer unterschrieben ist, so dürfen nur Mitglieder der Minorität in den Ausschuß gewählt werden. § 10 berechtigt die Regierung, dem Ausschusse die Mittheilung der nöthigen Akten zu verweigern, insoweit es ihrer Ueberzeugung nach den Interessen des Staates gefährlich werden könnte. § 30 giebt der Regierung dasselbe Recht in Beziehung auf das zuständige Gericht, das Ober-Tribunal. Auf diese Weise kann der Möglichkeit, den Grund oder Ungrund des Verbrechens zu erforschen, willkürlich von der Regierung abgeschnitten werden. § 15 bestimmt, daß, wenn vor dem Ausschusse oder von einem Mitgliede der Kammer die Verwerfung der Anklage beantragt wird, hierüber zuerst abgestimmt werden muß. Ein einziges dissentirendes Kammermitglied kann also bewirken, daß eine ganz präjudizirliche Fragstellung stattfinden muß. § 20 sagt, der Anklageprozeß wird nicht sistirt, wenn die Vertagung oder Schließung der Sitzungsperiode nach Mittheilung des Anklagebeschlusses an das Obertribunal erfolgt. Somit kann die Regierung den Gang des Prozesses ganz einfach unterbrechen oder aufhalten, indem sie vor der definitiven Schlußnahme die Kammern vertagt. § 21 bestimmt ferner, daß durch den Ablauf der Legislaturperiode oder durch die Vertagung der Prozeß bis zum Wiederzusammentritt der Kammern sistirt wird. Wiederum ein Mittel in der Hand der Regierung, einen Prozeß zu verschleppen. Auf diese Mängel wird sich ohne Zweifel die Aufmerksamkeit der betreffenden Kommission zunächst hinwenden.

Berlin, 14. Dezember. [Verschiedenes.] Dem Vernehmen nach hat das Staatsministerium beschlossen, den Entwurf eines neuen Disziplinargesetzes zur Berathung sich vorlegen zu lassen. — Wie uns aus guter Quelle versichert wird, ist § 4 der „Olmützer Punktation" von der gesammten Presse falsch wiedergegeben, indem dieser § zu dem Satz, daß die Konferenzen um die Mitte Dezember eröffnet werden sollen, noch hinzugefügt, „nach vorangegangener Verständigung über die gleichzeitige Demobilisirung Preußens und Oesterreichs." — Der Oberpräsident v. Witzleben hat sich gestern wiederholt dahin ausgesprochen, zur Zeit kein Ministerium annehmen zu können*).

(N. Pr. Z.)

*) Das C. B. meldet hierüber Folgendes: „Die Verhandlungen mit dem Oberpräsidenten v. Witzleben wegen Uebernahme des Porteseuilles des Inneru sind neuerdings wieder aufgenommen worden, und obschon man glaubte, daß die Uebernahme des Porteseuilles durch Hrn. v. Witzleben schon gewiß sei, so wird uns doch eine glaubwürdige Mittheilung, nach welcher Hr. v. Witzleben rund heraus erklärt hätte, daß er nur dann das Porteseuille des Innern übernehmen könne, wenn ihm in Bezug auf die Gemeindeordnung und die agrarischen Gesetze, als deren prinzipieller Gegner Hr. v. W. schon von früher bekannt ist, freie Hand gelassen würde. — Auf diese Bedingung hin sollen sich die Verhandlungen zerschlagen haben."

Wir erfahren, daß nach neueren Dispositionen die Reise des Herrn v. Prokesch, der in Wien zur Berathung der Instruktionen für die Dresdener Konferenzen zugezogen werden sollte, unterbleibt. — Die „Voss. Ztg." erklärt das Gerücht, daß Herr v. Hinckeldey das Regierungspräsidium in Liegnitz übernehmen werde, für unbegründet.

Die „Constitutionelle Zeitung" meldet: „Die beiden von der königl. Polizeibehörde mit Beschlag belegten Nummern 416 und 420 unserer Zeitung vom 4. und 6. Dezember sind von Seiten der Staatsanwaltschaft frei gegeben und uns die damals saisirten Exemplare wieder zugesendet worden. — Die heutige Morgen-Nummer (433) unserer Zeitung ist von der königl. Polizeibehörde abermals mit Beschlag belegt worden."

Berlin, 15. Dezbr. Sicherem Vernehmen nach wird nicht der Unterstaats-Sekretär Werner, sondern der Graf Buol die österreichische Regierung auf den Dresdener Konferenzen vertreten. Auch hört man, daß Se. Durchlaucht der Hr. Fürst Schwarzenberg sich zur Eröffnung derselben selbst nach Dresden begeben wird.

Graf Rechberg ist bereits aus Hessen abgegangen und werden Graf Leiningen und General-Lieutenant Peucker unverzüglich ihre Thätigkeit beginnen. Die Nachricht, daß die letzteren auch zu Kommissarien für Holstein ausersehen seien, ist unbegründet. (Ref.)

Seitens des Herrn Justiz-Ministers ist unterm 7. d. M. an sämmtliche Gerichte und Staats-Anwaltschaften ein Circular-Reskript über das Verfahren bei vorläufigen Verhaftungen (§§ 3 und 4 zum Schutze des Gesetzes der persönlichen Freiheit vom 12. Februar d. J.) erlassen worden. Danach ist die Bestimmung des § 4 a. a. O., daß jeder vorläufig Festgenommene spätestens im Laufe des folgenden Tages entweder in Freiheit gesetzt werden, oder in dieser Zeit das Erforderliche veranlaßt werden muß, um ihn dem Staatsanwalte bei dem zuständigen Gerichte „vorzuführen", nicht dahin zu verstehen, daß alle mal eine Vorführung in Person nöthig wäre, wenn eine solche aus örtlichen Gründen schwierig und von dem Ergriffenen selbst nicht ausdrücklich verlangt oder nicht durch besondere Umstände gerechtfertigt wird. Vielmehr soll in solchen Fällen die Einsendung der über das dem Ergriffenen zur Last gelegte Verbrechen oder Vergehen aufgenommenen Verhandlungen an die betreffende Staats- und Polizei-Anwaltschaft binnen obiger Frist die Stelle der persönlichen Vorführung vertreten können. Bis zur Entscheidung der Staatsanwaltschaft resp. des Gerichts über die Fortdauer der Haft bleibt der Ergriffene der Regel nach in polizeilichem Gewahrsam, wo aber ein solcher nicht möglich oder nicht sicher ist, in gerichtlicher Haft, in welchem letztern Falle das Gericht auch ohne Antrag des Staatsanwalts alle zur Verhütung einer Verdunkelung der Sache nöthigen Ermittelungen und Anordnungen vornehmen und diese Verhandlungen dem Staatsanwalt übersenden wird. Dieser hat dann seinerseits in allen Fällen entweder die sofortige Freilassung zu verfügen oder unverzüglich bei dem Gerichte den Antrag auf Beschluß über die Verhaftung zu stellen. Der Haftsbefehl muß (§ 13 der Verordnung vom 3. Januar v. J.) der Regel nach, von dem Gerichte erlassen werden; bei größern Gerichten, wo eine besondere Abtheilung für Untersuchungssachen besteht, kann derselbe auch von letzterer und in schleunigen Fällen von dem Untersuchungsrichter und von den dessen Stelle vertretenden Kreisgerichts-Kommissarien ausgehen. Der Haftsbefehl bewirkt allemal die Uebernahme des Ergriffenen in das gerichtliche Gefängniß. (C. C.)

Am 13. d. M. kamen hier 412 Personen an und reisten 429 ab. Angekommen: Der königl. großbrit. Kabinets-Kurier Haveland von Wien. Abgereist: Der königl. General-Lieutenant und kommandirende General des 2. Armee-Corps, v. Grabow, nach Petersburg.

Posen, 13. Dezbr. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß bis zum 15. d. M. das ganze zweite Aufgebot der Landwehr, so weit es eingezogen war, entlassen werden wird. (Pos. Z.)

Inowraclaw, 11. Dezbr. [Truppenbewegungen.] Trotz der ungünstigen Wege hatten die Truppendurchmärsche doch bereits begonnen, als in der Nacht zum 10. d. Mts. per Estaffete die Ordre eintraf, daß die weiteren Märsche des ersten Armeekorps vorläufig sistirt werden sollten. In Folge dessen werden die ersten beiden Bataillone vom 4. Landwehr-Regiment, die unseren Ort schon passirt und Marschbefehl bis Mitglaw hatten, in Trzemeszno, Mogilno ꝛc. untergebracht, während das Füsilier-Bataillon desselben Regiments der Art dislocirt wird, daß 1 Kompagnie in Gniewkowo, 2 hier und 1 in Strzelno einquartiert werden. — Ein hochgestellter Beamter aus Bromberg, der in diesen Tagen von Berlin heimgekehrt ist, war in diesen Tagen hier und versicherte, daß diese Dislokation für höchstens 3 Tage wäre, weil dann der Marsch unbedingt fortgesetzt werden würde. In diesem Falle werden wir das ganze 1. Armee-Korps theils in der Stadt, theils in der Umgegend nach und nach in Quartier bekommen.

Der Kreisgerichts-Direktor v. St. war, darum ersucht, so gütig, den Offizier-Korps der durchgerückten Bataillone die Tscherkessen vorzustellen. Ich war Augenzenge, welche Theilnahme die Offiziere an dem Geschick der Gefangenen bewiesen; sie schieden dann, ihnen brüderlich die Hand reichend und bedauernd, sich mit ihnen nicht unterhalten zu können, mit den Worten: „Adieu, Kamerad!" Als das 2. Bataillon ausrückte, wurden die Tscherkessen an die offenen Fenster des Kreisgerichts-Gebäudes geführt, wo die Truppen unter Trommeln und Pfeifen vorbeimarschirten. Mit Grazie erwiderten die Gefangenen den ihnen von Offizieren und Wehrmännern zugeschickten Gruß und sahen wehmüthig den Militärs nach, mit denen sie jedenfalls gern mitgezogen wären. Die Wehrmänner grüßten mit den Worten: Guten Morgen, Bruder oder Kamerad! (Pos. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 11. Dez. [Der Dualismus.] Die Deutsche Zeitung theilt folgende Stelle aus einem hierher gelangten Privatschreiben eines vielgenannten nichtpreußischen Diplomaten mit: „Die Situation gebietet das Wagniß. Man muß nach allen vorbereitenden Schritten in den großen und kleinen Staaten zum Abschluß kommen. Das ist es, worüber sich die Vertreter der drei Mächte in Olmütz zunächst einigen konnten, worüber sie sich geeinigt haben. Rußland, Oesterreich, Preußen, in ihren Kräften verbunden, einander fördernd (!), mäßigend (!), unterstützend, kennen keinen Feind, weder den innern der Revolution,

noch den äußeren bei einer etwaigen englisch-französischen Allianz. Darnach wird die deutsche Verwickelung sich zu lösen haben. Oesterreich und Preußen sind in Deutschland nur allein noch als politische Faktoren zu denken, sie müssen jede andere Staats-Individualität in sich aufnehmen: — mit einem Worte: die kleinen wie die Mittelstaaten müssen verschwinden. Das ist die erste Aufgabe. Ferner wird bei endlicher Abwägung darauf zu achten sein, daß Preußen in der entschiedenen territorialen Minderheit bleibt (!), um Oesterreich das höchst nöthige Uebergewicht voraus über die unruhigen Elemente in ganz Deutschland zu sichern. Für jetzt kann nur in Betracht kommen, wie jenes Arrangement überhaupt zu erreichen ist. Oesterreich und Preußen stehen unter Waffen; damit sagt sich schon von selbst, daß der beiderseitige Wille auch den widerstrebenden Schwächern ohne große Mühe aufgedrungen wird (!). Rußland unter Waffen in der Hinterhand genügt, um der Sache Nachdruck zu geben. Würde, wenn die innere Unterwerfung vollzogen, eine Einsprache von England und Frankreich erfolgen, so müßte die Bedeutung derselben vor den vereinten Kräften der drei Mächte schwinden, sei es auf einem Kongresse oder bei feindlicher Begegnung, welche letztere ohnehin den Vortheil darböte, Frankreich feste Prinzipien wieder zu geben."

Frankfurt a. M., 12. Dezbr. [Verschiedenes.] Die Generäle v. Peucker und v. Leiningen sind noch in Frankfurt und dürften sich erst Ende dieser Woche nach Kassel begeben, wohin der Kurfürst am 15. d. M. die Reise antreten soll. — Für die Strenge, mit welcher das unlängst verkündete Standrecht gehandhabt wird, ist maßgebend, daß wegen Ueberschreitung der sogenannten Demarkations-Linie gestern ein dem Frankfurter Linien-Bataillon angehörender Unteroffizier und ein Musketier zu sechswöchentlicher Gefängnißstrafe, ersterer überdies noch zur Degradation, verurtheilt wurden. Einige Tage früher waren drei preußische Militärs wegen desselben Vergehens zu dreimonatlicher Arreststrafe verurtheilt worden. (Ref.)

München, 10. Dezbr. Wie man heute erfährt, ist nunmehr bestimmt, daß Staatsminister v. d. Pfordten selbst nach Dresden zum Kongresse geht und am 15. oder 16. d. dorthin abreist. — In militärischen Kreisen spricht man seit heute von einer nahe bevorstehenden Reduktion der Armee, doch dürfte vorerst nur ein Theil derselben demobilisirt werden. Diese Nachricht wird bekräftigt durch die heute erfolgte Sistirung des Ausmarsches eines Feldlaboratoriums und einer Reservebatterie, der heute und morgen erfolgen sollte und nun wohl ganz unterbleibt. (N. C.)

Stuttgart, 11. Dezember. [Reduktion.] Von heute an soll der Stand der Infanterie-Kompagnien auf 100 Mann mit Einschluß der Unteroffiziere reduzirt werden; die Beurlaubungen, die hierdurch im Regimente stattfinden, sind somit durchaus gering und werden höchstens 60 bis 80 Mann per Regiment betragen, da der Stand der Kompagnie bisdaher durchschnittlich 108 bis 110 Mann betrug. (W. St.-Z.)

Karlsruhe, 10. Dezbr. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] wurde ohne Diskussion folgender Gesetzentwurf einstimmig angenommen:

Art. 1. Diejenigen Unteroffiziere und Soldaten der königlich preußischen und anderen Bundestruppen, welche im Jahre 1849 bei der Niederkämpfung des Aufstandes im Großherzogthum durch Verwundung in Gefechten verstümmelt oder, ohne ein Glied zu verlieren, gänzlich erwerbsunfähig (ganz Invalide ersten Grades) geworden sind, erhalten lebenslänglich einen Unterstützungsbeitrag zu den von ihren Regierungen bewilligten Pensionen.

Art. 2. Der Unterstützungsbeitrag wird für diejenigen Unteroffiziere und Soldaten, welche ein Glied (einen Fuß oder einen Arm) verloren haben, auf jährliche einhundert Gulden, und für diejenigen, welche, ohne ein Glied zu verlieren, durch Verwundung gänzlich erwerbsunfähig geworden sind, auf jährlich fünfzig Gulden bestimmt.

Art. 3. Sämmtliche Unterstützungsbeiträge beginnen mit dem 1. Jan. 1851, und werden auf den Grund der von den betreffenden Regierungen aufgestellten und bereits vorliegenden Listen ausbezahlt.

Art. 4. Unser Kriegsministerium ist mit dem Vollzuge beauftragt.

Die Kammer hätte trotz der traurigen Finanzlage des Landes gern höhere Unterstützungsbeträge bewilligt, allein die Regierungs-Kommissäre hatten der Kommission die Aufklärung ertheilt, daß es sich nur um eine Zulage zu den Unterstützungen handle, welche die betreffenden Unteroffiziere und Soldaten der betreffenden Bundesstaaten schon aus der Staatskasse des eigenen Landes erhalten. (K. Z.)

Nach den erhobenen Listen beläuft sich die Zahl sämmtlicher in Gefechten Verwundeten auf 318, nämlich Preußen 254, Würtemberger 1, Hessen 28, Mecklenburger 24, Nassauer 11. — Hiervon beträgt: a) die Zahl der Amputirten 18, nämlich Preußen 13, Hessen 2, Mecklenburger 3; b) die Zahl der durch Verwundung gänzlich erwerbsunfähig Gewordenen etwa 85, nämlich Preußen 75, Würtemberger 1, Hessen 4, Mecklenburger 5. Der Anfangstermin sämmtlicher Unterstützungsbeiträge ist auf den 1. Januar 1851 festgesetzt worden, weil im Spätjahr 1849 und im laufenden Jahr bis zum 1. November auf Kosten des Staats eine große Anzahl Verwundeter in dem Freibade zu Baden warme Bäder mit gutem Erfolge gebraucht hat, und daher die Zahl der gänzlich erwerbsunfähig gewordenen Verwundeten erst jetzt mit Sicherheit festgestellt werden kann. (N. Z.)

Hannover, 12. Dezbr. [Die hannoversche Politik gegenüber der Olmützer Punktation.] Wir erfahren noch in Betreff der neuen Wendung der Dinge durch die Olmützer Punktationen, daß von Seiten der hiesigen Regierung unmittelbar nach der — obgleich nicht offiziellen Kenntnißnahme derselben schon in den ersten Tagen dieses Monats bestimmte Instruktionen an den diesseitigen Bundestagsgesandten nach Frankfurt abgegangen sind, dahin lautend: besagte Punktationen nur insofern als eine mögliche Basis, worauf der Frieden und die Einheit Deutschlands wiederherzustellen seien, zu betrachten, als weder die Rechte und Pflichten des Bundestags, noch die Heiligkeit der Verträge dadurch lädirt würden. Offizielles ist bis jetzt noch Nichts, weder von Oesterreich, noch von Preußen, noch von beiden gemeinschaftlich unserer Regierung zugegangen. (Nieders. Z.)

[Die norddeutsche Unirung.] Wir blicken mit großer Spannung nach Dresden. Kein Staat hat solche Aussichten, als der unsrige. Man denke sich eine norddeutsche Unirung. Hannover, Oldenburg, die Hansestädte, Holstein, Braunschweig, vielleicht auch die Mecklenburge. Da liegt der Keim einer bedeutenden Entwickelung. Auch haben wir geordnete Finanzen, eine gut gesinnte Bevölkerung und ein tüchtiges Heer. Im vorigen Jahre hat man uns verspottet, als wir dergleichen schrieben und das Mittel-Deutschland schilderten, das sich gestalten werde, da lächelte man über die Schmeicheleien, die wir den Guelphen zollen sollten. Allein wir kennen unser Land und Deutschland; wir kennen, offen gestanden, unsern König. Das ist ein ganzer Mann voll Energie, der, was er heute will, auch morgen beabsichtigt. Die Erziehung in England hat ihm doch wesentlich genützt, und wie klug hat er die Stürme von 1848 zu überdauern vermocht. He weathered the storm like a true pilot. Vergesse man nicht, daß England dabei seine Interessen hat, das an den Namen Cumberland, Cambridge, ja bis in Thüringen hinan an den Namen Koburg sich knüpft. Die Freihandels-Prinzipien sind auch dabei aufmerksam geworden. England muß und wird die Interessen Hannovers in Dresden unterstützen, wo durch die Anwesenheit der Gesandten der ausmärtigen Mächte ein europäischer Kongreß im Kleinen stattfinden wird. Frankreich geht mit Baiern, England wird das Seinige nicht unterlassen — dafür lassen wir Lord Palmerston schon sorgen. (H. C.)

Braunschweig, 11. Dezember. In der heutigen Debatte der Abgeordneten-Versammlung über die Regierungsproposition, die Verpflegungskosten des Truppencorps im vorjährigen Feldzuge in Schleswig betreffend, nahm nach der „D. R. Z." die Versammlung den Antrag des Abgeordneten Hollandt an, dem Schreiben an die Regierung hinzuzufügen, daß die Versammlung voraussetze, daß die den Herzogthümern zu erstattenden Verpflegungsgelder in der Weise gezahlt würden, daß sie der Statthalterschaft, und nicht etwa der dänischen Regierung zu Gute kommen würden, — ein Zusatz, der bei der jetzigen Lage der Sache, nach der Aeußerung des Proponenten, nicht überflüssig erscheine.

Altona, 13. Dezbr. Mit dem heutigen Morgenzuge sind etwa 100 Mann von Rendsburg eingetroffen, welche in Folge des Abberufungs-Erlasses der preußischen Regierung die schleswig-holsteinische Armee verlassen haben. (B. H.)

Oesterreich.

☌ **Wien**, 12. Dez. [Finanzielles. — Militärisches.] Seit einigen Tagen finden regelmäßige Ministerraths-Sitzungen statt, in denen lediglich die Maßregeln besprochen werden, welche nothwendig ergriffen werden müssen, um die Geldwirren zu ordnen, die an dem Mark des Landes zehren; auch in dieser Angelegenheit verdanken wir die Initiative der energischen Anstrengung des Handelsministers Baron Bruck, der entschlossen ist, den verderblichen Schwankungen der Valuta durch die Reform der Bank und die Umwandlung der schwebenden Schuld in eine fundirte Schuld zu steuern. Sollte der Finanzminister Baron Krauß sich der Ausführung der vom Miuisterrath beschlossenen Reformen im Geldwesen entziehen wollen und bei dem bisherigen System der Palliative verharren, das bereits so viel Unheil gestiftet hat, so wird das Portefeuille des Finanzministeriums seinen Herrn wechseln. — In den Hauptknotenpunkten der Verkehrswege, die aus dem Norden nach Süden führen, sind nunmehr förmliche Marschkommissionen aufgestellt worden, welche mit der raschen und zweckmäßigen Unterbringung der im Marsch begriffenen Truppenkörper betraut sind und dafür zu sorgen haben, daß die bisher häufig beklagten Mißbräuche, die ohnehin drückende Last der Einquartirung nicht noch empfindlicher machen. Binnen etlichen Wochen sollen hier nicht weniger als 60,000 Mann durchpassiren, theils Grenzbataillone, die in ihr Vaterland heimkehren, theils Regimenter, welche ihre früheren Standquartiere aufsuchen; in Böhmen, Mähren und Schlesien wird nach dem Abmarsch dieser Truppen und der Beurlaubung vieler Reservisten und Landwehrmänner noch immer eine Armee von 100,000 Mann stehen bleiben. — Während täglich bei allen verletzenden Neuerungen stets das Programm der Centralisation als Medusenschild vorgehalten wird, vor dem jede Opposition versteinern soll, vermissen wir dennoch sehr häufig jene konsequente Durchführung dieses Grundgedankens in solchen Zweigen, wo noch am ehesten eine gleichförmige Behandlung gefordert werden kann. Nach dem Conscriptionsgesetz müßte das Kronland Tyrol 17,000 Mann stellen, hat aber in der That blos ein Jäger-Regiment zu ergänzen, das in Kriegszeiten höchstens 7000 Mann zählt, und diese Ausnahme findet angeblich deshalb statt, weil der Tyroler dem Soldatendienst abgeneigt ist und nur höchst ungern seine Berge verläßt, um in fernen Ländern Kasernendienste zu verrichten. Zwar sucht man die Bevorzugung dadurch auszugleichen, daß die wehrhafte Mannschaft, in Schützen-Compagnien organisirt, im Augenblicke der Gefahr zur Landesvertheidigung aufgerufen wird, doch ist diese Einrichtung kein Aequivalent für die verringerte Rekrutenzahl, weil die Militairpflicht auch in Friedenszeit schwere Opfer kostet, indeß die Tyroler Landesvertheidigung kaum in hundert Jahren einmal in Thätigkeit kommt. Außerdem liegt die Landwehrpflicht nach wie vor blos auf der Bevölkerung der deutschen und slavischen Provinzen und das lomb.-venetianische Königreich sowohl als Ungarn und Siebenbürgen sind noch immer davon befreit, ja erst in diesem Augenblick werden bei den ungarischen und italienischen Regimentern das 4. Feldbataillon errichtet, das die übrigen Kronländer von jeher stellen mußten.

N. B. **Wien**, 14. Dezbr. [Tagesbericht.] Gestern gab der Kaiser wieder öffentliche Audienz, wobei man mehrere Deputationen aus Ungarn bemerkte, die vom Kaiser in der Landessprache beschieden wurden, was einen günstigen Eindruck hervorbrachte. — Der Marschall Radetzky wird morgen schon nach Verona abreisen. Die Kanzleien des bereits in den Reichstagslokalitäten errichteten k. k. Armee-Hauptquartiers werden nun wieder aufgelöst. — Um den Handel mit Scheidemünze zu steuern, muß die Gendarmerie die verschiedenen Bahnhöfe durchstreifen. So wurden dieser Tage am Gloggnitzer Bahnhofe 13 paßlose Individuen verhaftet und den Gerichten übergeben. — Mit Berücksichtigung auf die herrschende Theuerung aller Lebensbedürfnisse hat die Nationalbank ihren sämmtlichen Beamten eine Remuneration zugesprochen, die sich nirgends unter 100 Fl. C. M., bei Vielen aber bedeutend höher herausstellt. — Heute publizirt die „Wiener Zeitung" das Patent der Einführung des Tabakmonopols in Ungarn und den Nebenländern. — Morgen wird die „Deutsche Zeitung aus Böhmen" wieder erscheinen. — Die Regierung beabsichtigt ernstlich die Veränderung des Münzfußes. Die mit dieser Aufgabe betraute Kommission arbeitet bereits an einigen Elaboraten. — Man schreibt aus Italien, daß man auch dort weder Zwanziger noch Zehner zu Gesicht bekommt, hingegen alles mit Sechser- und Kreuzerstücken überschwemmt wäre. Die Sechser heißen dort allgemein i Radetzkini.

Italien.

✶ **Genua**, 9. Dez. Die Gazzetta ufficiale di Genova erzählt den Vorfall, welche in der Beschimpfung eines königl. neapolitanischen Offiziers besteht in ziemlich ausführlicher Weise. Als derselbe sich im stärksten Gedränge befand, kamen ihm ein sardinischer Beamte und mehrere Sicherheitswächter zu Hülfe, so daß er ungefährdet die beabsichtigte Reise nach Novi fortsetzen konnte. Das Blatt fügt hinzu, offenbar sei der Tumult von Personen angezettelt worden, welche nicht verdienten, dem ehrenwerthen Theile der italienischen Emigration beigezählt zu werden.

Frankreich.

✕ **Paris**, 12. Dezbr. [Tagesbericht.] Auch heute noch giebt die Rede des Präsidenten und der Montalembertsche Bericht den Stoff für die Unterhaltung und die Polemik der Journale. — Je mehr sich der Bericht verbreitet, um so mehr spricht sich die öffentliche Meinung gegen ihn aus. Die Majorität schreckt vor der Unpopularität zurück, welche sie sich zuziehen müßte, wenn sie dieser Predigt aus dem Mittelalter ihre Zustimmung gebe, und so wird denn die Proposition Olivier wahrscheinlich zu Grabe getragen werden. Dieses Grab wird der Staatsrath sein, dem die Nat.-Versammlung den Entwurf zur Prüfung übermachen wird, um sich seiner auf diese Weise zu entledigen.

Die Rede des Präsidenten wird von den legitimistischen Journalen natürlich sehr übel aufgenommen. Die Organe der konservativen Partei im Allgemeinen beobachten ein Schweigen, welches zu erkennen giebt, daß sie alle Theile der Rede nicht gut heißen. Die liberalen Journale, welche Vieles in der Rede zu loben hätten, sich aber nicht entschließen, den Präsidenten zu loben, beobachten ebenfalls dieselbe Zurückhaltung. Die Organe des Elysée sind natürlich in Exaltation über die Rede, ohne zu bedenken, daß Vieles in derselben sehr wenig in Einklang mit den Prinzipien steht, die sie oft vertheidigen.

Aus London wird über die Zwistigkeiten unter den politischen Flüchtlingen geschrieben. Die verschiedenen Comités, die sie dort eingesetzt haben, führen einen erbitterten Krieg untereinander, und verfolgen sich mit Haß.

Derselbe Zwiespalt ist auch unter der demokratischen Partei in Frankreich vorhanden, und eine höchst wichtige Frage scheint nun bald eine eklatante Spaltung hervorzurufen. Es handelt sich nämlich jetzt um die Frage, ob die Demokratie sich auch fernerhin, so lange das allgemeine Stimmrecht nicht wieder eingeführt ist, jeder Theilnahme an einem Wahlakt zu enthalten habe, wie dies bei den jüngsten Wahlen im Nord- und Cher-Departement geschehen ist. Die Hochrothen, 26 an der Zahl, der Fahne Michel (de Bourges) folgend, haben in dem „Vote universel" die Partei aufgefordert, bis zum Monat Mai 1852 an keiner Wahl Theil zu nehmen, sei sie für die Legislative, oder für die General-Conseils, oder für die Munizipalität, oder auch für die Nationalgarde. Nun sollen im nächsten Jahre sämmtliche Munizipalitäten des Landes erneut werden und die demokratische Partei würde sich, wenn sie jenen Rath befolgt, vollständig von jeder Kommunal-Administration ausschließen, in welche sie, trotz des beschränkten Stimmrechts Viele ihrer Farbe hineinbringen könnte. — Allein die „République" protestirt auf das Energischste gegen jenen Rath und behauptet, daß die Demokratie mit der Befolgung dieses Vorschlags die thörichtste Rolle spielen und auf die bedauerlichste und kompromittirendste Weise vom Schauplatz abtreten würde.

So liegt die Sache in diesem Augenblicke, und es kommt nun darauf an, welcher Vorschlag den Sieg davon tragen wird.

Großbritannien.

London, 11. Dez. [Die Adressen.] Königin Victoria hatte gestern einen mühevollen Tag. Deputationen der Universitäten Oxford und Cambridge, der Londoner Aldermen, des Gemeinderaths und anderer Korporationen von hier hatten sich in Windsor eingefunden, um die von ihnen beschlossenen antipapistischen Protestadressen einzureichen und die königlichen Antworten zu vernehmen, die, natürlich im Wesentlichen übereinstimmend, für jede Körperschaft indeß eine etwas verschiedene Form haben mußten. Der Herzog von Wellington, als Kanzler der Universität Oxford, las die dort angenommene Adresse; an der Spitze der Cambridger Deputation befand sich Prinz Albert als derzeitiger Kanzler, beide in vollem Universitätsornat. Die Antworten der Königin waren nicht ohne diplomatische Rücksichten abgefaßt, sonst ziemlich energisch; die Nennung „Roms" und des römischen Bischofs war vermieden. Dem Lord Mayor und den Aldermen ward erwiedert: Herzlich stimme ich mit Ihnen überein in Ihrer dankbaren Anerkennung der vielen Segnungen, welche unserer Nation zu Theil geworden, und in Ihrer Anhänglichkeit an den protestantischen Glauben und die großen Prinzipien bürgerlicher und religiöser Freiheit, in deren Vertheidigung die Stadt London sich stets hervorgethan hat. Dieser Glaube und diese Prinzipien sind dem Volke Englands mit so großem Rechte theuer und werth, daß ich in ihrer Aufrechterhaltung gegen jede Gefahr, woher sie auch drohen mag, seiner herzlichen Unterstützung vollkommen sicher bin. Unter den Antworten an die beiden Universitäten war die an die Universität Oxford die beziehungsreichere, weil von hier aus die Umtriebe der Puseyiten und Traktarier die meiste Nahrung erhalten haben. Die Königin sagte: „Es war und wird stets mein Bestreben sein, die Wirksamkeit und Reinheit der reformirten Kirche, deren oberste Leitung, unter Gott, mir durch das Gesetz anvertraut ist, zu fördern und zu erhalten, und es gereicht mir zur großen Freude, Ihrer treuen Anhänglichkeit an ihre Prinzipien, Lehre und Disziplin versichert zu sein. Während ich herzlich in den Wunsch einstimme, daß alle Klassen meiner Unterthanen die freie Ausübung ihrer Religion genießen, können Sie sich auf meinen festen Entschluß verlassen, die Rechte meiner Krone und die Unabhängigkeit meines Volkes gegen alle Anmaßungen und Eingriffe irgend einer fremden Macht zu wahren. Ihr ernstes Bemühen, in der Erfüllung Ihrer Pflichten die Ihrer Sorge anvertraute Jugend in der treuen Anhänglichkeit an die Wahrheiten der heil. Schrift zu erziehen, wird, unter Gottes Segen, kräftig dazu beitragen, die Bollwerke unseres protestantischen Glaubens zu befestigen und die Rechte, die dem Volke dieses Landes so theuer sind, unverletzt zu erhalten.

Der Herzog v. Norfolk, der als das Haupt der katholischen Aristokratie Englands angesehen zu werden pflegt, hat sich jetzt auch öffentlich gegen die neuesten päpstlichen Maßregeln erklärt. Er schreibt Lord Beaumont, der bekanntlich mit einer solchen Erklärung vorausgegangen ist, daß er dessen Ansichten vollkommen beistimme, und daß ultramontane Meinungen mit der Pflicht gegen den Souverän und die Verfassung Englands vollkommen unverträglich sind.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 15. Dez. [Militärisches.] Die berliner ministerielle C. C. meldet: „Durch die Concentrirung des 6ten Armee-Corps in Nieder-Schlesien war fast ganz Schlesien in jüngster Zeit von Truppen entblößt. Demnehmen nach werden aber unter den jetzigen Umständen die Ratibor, Gleiwitz und Oppeln wieder Garnison erh

---

† **Neisse**, 14. Dez. [Intendirter Fackelzug, — nachtsgaben. — Gestellungen vom Lande. — Glacis. — Gardelandwehr zweiten Aufgebots Bekleidungszustand.] Zu heut Abend war hier Seiten Schüler des katholischen Gymnasiums ein Fackelzug zur G tagsfeier ihres Direktors, des Dr. Zastra, intendirt. Es der derselbe, dankbar die Zuneigung und den Beweis von seiner Schüler anerkennend, wie man vernimmt, die Ausf dieser Feierlichkeit abgelehnt, da die Zeiten nicht zu dergleichen lichen Ovationen geeignet seien. Die zu dem Fackelzuge bereits gangenen Beiträge sollen, wie wir hören, insofern sie von Betheiligten nicht zurückgezogen werden, ihre Verwendung Zwecken der Wohlthätigkeit bei dieser Anstalt finden. — eines hiesigen Mädchen-Vereines, der es sich zur A gestellt hat, durch Lieferung weiblicher Arbeiten und deren herige Verlosung alljährlich zur Weihnachtszeit eine Summ zubringen, um arme Kinder mit nützlichen Weihnachtsgab freuen zu können, ist Mitte dieser Woche die betreffende stellung der eingegangenen Arbeiten und die Ausspielung ben vor sich gegangen. — In der letzten Zeit haben wi hier viele Landleute unter Aufsicht des Festungspersonals weitern Wehrbarmachung des Platzes arbeiten und zahlreich ren vom Lande zu diesem Zwecke stellen sehen. Wenngle großer Theil von Strauchgewächsen und Bäumen von Glacis haben verschwinden müssen, so bleiben doch noch Sommerszeit in der nächsten Umgebung der Festung ans Baumpartien, welche auf den Spaziergängen in den Schatten gewähren, und dem äußern Ansehen der Stadt u stung zur Zierde gereichen werden. — Von den in unser nison befindlichen Truppen des zweiten Aufgebots sollen die Wehrleute des Gardelandwehr-Bataillons wegen ihres tärischen Verhaltens auch in den Tagen, wo dieselben noch völlig eingekleidet waren, besondere Anerkennung erworben — Auch jetzt noch sieht man viele Soldaten, welche wegen gelnder Vorräthe noch nicht haben völlig militärisch bekleidet ausgerüstet werden können, und es ist als ein großes Glück zusehen, daß die Witterung noch so günstig geblieben ist, un sen Uebelstand nicht sehr fühlbar zu machen. Wie man wird indessen in den militärischen Werkstätten mit vielem und mit großen Kräften gearbeitet, so daß bald die erforderl Ergänzungen beschafft sein werden.

Glatz, 13. Dezember. [Verschiedenes.] Die früher Mühe errichteten Schanzen werden jetzt mit eben so viel abgetragen. Man sieht manchmal 500 bis 700 Arbeiter beschäftigt; sie arbeiten fleißig, um sich zu erwärmen. Die proviantirung der Festung ist eifrig betrieben worden, und mentlich haben die Fleischer ein gutes Geschäft dabei gem Wie man hört, soll die Entwaffnung der Landwehr anbef werden; das wird wohl auch geschehen, leider aber kann un Promenade Niemand gebieten, daß sie uns auf den Sc kühlen Baumschatten darbietet, sie ist dahin, und weder O noch Dresden können uns ein einziges grünes Zweiglein dergeben. Der zurückgekehrte Abgeordnete, Landrath Freiherr Zedlitz, macht in Betreff seiner Wahl Folgendes bekannt. sagt: „Die von mehreren Blättern verbreiteten Angaben meine Wahl sind nämlich falsch; die Kammer hat dieselbe neswegs für ungültig erklärt, sondern nur die Nachweise erfordert, daß die 8 Tage vor dem Wahltermine zur Post benen Vorladungen den beim Wahlakte nicht erschienenen männern richtig zugegangen sind. (Hausfr.)

□ **Ratibor**, 15. Dezbr. [Demobilisirung. — Prozeß in der Graf Reichenbachschen Sache.] Thränen, die beim Abmarsche der Mannschaften des zw Aufgebots von deren Angehörigen vergossen wurden, sind getrocknet, die Bärte, die sich der Eine oder Andere, unvorb tet and unvermuthet einberufen, hat wachsen lassen, sind im besten Gedeihn — und die Entlassungsordre ist da. G schon kamen die Fouriere des zweiten Aufgebots hiesigen Kr und meldeten, daß heute sämmtliche Mannschaften aus Kosel eintreffen und dann entlassen werden. — Morgen wird in B lin die Angelegenheit wider den hiesigen Kriminalsenat und Kreisgericht in Oppeln wegen der Graf Reichenbachsch Sache verhandelt, und wird, wie es heißt, nur Präsident Kirchmann beim Termine persönlich erscheinen. Derselbe auch bereits seit mehreren Tagen in Berlin. Auf den Ausg ist man hier ungemein gespannt und man kann sagen, durch wird eine gänzliche Freisprechung erwartet. Uebrigens wird Urtel hierher telegraphirt und somit aufs Rascheste bekannt den. — Die Gefangenen, die, wie jüngst berichtet, den Flügel des noch unvollendeten Zuchthauses beziehen sollten, den auch, wenn der Krieg ausgebrochen wäre, nicht hierher kommen sein, da der Minister des Innern die erforderliche nehmigung hierzu nicht ertheilt hat.

Philologische Section.

Dienstag den 17. December, Abends 6 Uhr: Herr Gymnasiallehrer Dr. Tagmann wird über die Bedeutung der Principes bei den alten Germanen zur Zeit des Tacitus sprechen und eine Erklärung aller betreffenden Stellen in dessen Germania geben. Darauf Wahl des Secretärs.

---

100 Stück 2 bis 5jährige, zuchttaugliche Mutterschafe stehen auf unterzeichnetem Dominium zum Verkauf und sind nach der Schur abzulassen. — Die Heerde ist sehr wollreich und von jeder erblichen Krankheit frei.

Klein-Wandriß bei Wahlstatt, d. 12. Dez. 1850.

Gottschling.

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.

Regier.-Präsident Graf v. Pückler aus Oppeln. Oberst v. Rambach aus Petersburg. Oberamtm. Schrödter aus Neuendorf. Partik. Schrödter aus Gräfenberg kommend. Frau Hartmann und Erzieherin Beil aus Rußland. Kaufm. Mertens aus Berlin. Kaufm. Kettembeil aus Leipzig. Kaufm. Wolff aus Leobschütz. Portepee-Fähndrich Cerola aus Liegnitz.

Markt-Preise.

Breslau am 16. Dezember 1850.

	feinste	feine	mit.	ordin.	Waare
Weißer Weizen	55	53	51	48	Sgr.
Gelber dito	54	52	51	48	„
Roggen . . .	42	41	40	37	„
Gerste . . .	29	27	26	25	„
Hafer . . .	24	23	22	21	„
Rothe Kleesaat	11½	10½	10	8—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	10	9	7—8	Rtl.
Spiritus . .	7¼ Rtl. bez.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Ferdinand Rehm, Ritterplatz Nr. 1,

empfiehlt sein großes Lager von

emaillirten und rohen Gußwaaren,

Kochapparate, gußeiserne Koch- und Heizöfen,

allen Arten Ofenrequisiten, luftdichte Ofenthüren 2c.

Abgepaßte Teppiche vor Sophas, Betten 2c., Teppichzeuge zum Belegen der Zimmer, Reise- und Damentaschen

empfiehlt

Heinrich Mundhenk,

Ohlauer Straße Nr. 87 in der goldenen Kron

Börsenberichte.

Berlin, 14. Dezember. Die Börse war heute, namentlich am Schlusse, in merklich b rer Stimmung, doch war in den Coursen wenig Veränderung, nur Anhalter Eisenbahn-A waren auf die bekannt gewordene Plus-Einnahme des vor. Monats von 30,000 Thlr. 1 % h her gefragt, Prior.-Aktien auch heute meistens ohne Abgeber.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 94½ à ¼ bez. und Br. Prioritäts 102 à ¼ bez. und Gld. Krakau-Oberschlesische 4 % 65 bez., Priorität 4 % — — Fried Wilhelms-Nordbahn 4 % 32½ à ¾ bez. und Br., Priorität 5 % 92 Gld. Niederschl Märkische 3½ % 80¾ bez., Priorität 4 % 92 Gld., Priorität 5 % 102¼ à ½ bez., Serie 5 % 101¼ Gl. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 3 110½ bez. u. Gld., Litt. B. 3½ % 106 bez. und Gld. — Geld- und Fond-Co Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 104 bez. Staats-Schuld-Scheine 3½ % 84 Gld. Se lungs-Prämien-Scheine 120½ Gld. Posener Pfandbriefe 4 % 99¾ bez., 3½ % 89¾ Br. sische Bank-Antheile 93 à ⅛ bez. und Gld. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 94½ Gld., 4 % 94½ Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 79¼ Br., à 300 Fl. 1

Wien, 14. Dezember. Bei großer Geschäftslosigkeit waren Fonds fast unverändert, 4½ % Metall. wegen Mangel an Stücken etwas besser bezahlt. Von Wechseln war Hamburg niedriger. Amsterdam und Paris dagegen beliebter. Gold Anfangs 1 bis 1½ % unter Notiz schloß wieder fester. London wurde theils über, theils unter Notiz gemacht und fand zuletzt selben Nehmer.

5 % Metalliques 94¾ bis 95, 4½ % 82¼ bis ½; Nordbahn 113¾ bis 114; Hamburg 2 Monat 187; London 3 Monat 12. 23.; Silber 126.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.